

Sarkozy versucht Befreiungsschlag im TV: Vermögende und Finanziere sollen zahlen

Nicolas Sarkozy ballte beide Fäuste und bekannte: „Ich bin der Präsident des fünft wichtigsten Landes der Welt. Ich weiß, dass die Franzosen von mir Entscheidungen erwarten“. Damit meinte der Staatschef nicht seine Kandidatur (die er offiziell noch immer nicht deklariert hat, an der er aber keinen Zweifel ließ), sondern einen Maßnahmenkatalog, mit dem er jetzt noch, im Endspurt vor den Wahlen, wirbt.

So verkündete Sarkozy bei seinem gestrigen, mit Spannung erwarteten TV-Auftritt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dies würde die Senkung der auf den Betrieben lastenden Abgaben ermöglichen. Die bisherige Besteuerung der Arbeit habe in Frankreich zu doppelt so hohen Lohnnebenkosten als in Deutschland geführt und sei der Hauptgrund für den Einbruch der Wettbewerbsfähigkeit, die Fabrikverlagerungen und den Anstieg der Arbeitslosenrate (zehn Prozent). „Frankreichs Industrie verblutet. Ich werde mich damit nicht abfinden“, hämmerte der seit fünf Jahren amtierende Präsident.

SCHOCK Sarkozy, der wegen seiner ursprünglichen Steuerpolitik zugunsten der reichsten Franzosen attackiert wird, versprach Härte im Umgang mit Großunternehmen und Finanzern: Betrieben, die zu wenig Lehrlinge einstellen, droht er mit Strafzahlungen. Für Kapitalerträge werden die Sozialabgaben erhöht. Vor allem aber erneuerte Sarkozy seine Ankündigung, Frankreich werde im Alleingang Finanztransaktionen besteuern. „Wir wollen einen Schock auslösen. Ab dem Augenblick, da die EU auch eine solche Steuer beschließt, werden wir uns anschließen.“ Die Finanzwelt, die durch ihren „Irrsinn“ die Krise ausgelöst habe, müsse an ihrer Bewältigung teilnehmen.

Die Knappheit und Verteuerung der Wohnungen in Frankreich („Ein Skandal“) will Sarkozy durch eine Erhöhung der Baubewilligungen um 30 Prozent lösen.

Vielen Franzosen dürften diese frenetischen Ankündigungen so knapp vor der Wahl freilich wie ein wirres Propagandamanöver erscheinen. Laut Umfragen läuft Sarkozy sogar Gefahr von der Rechtspopulistin Marine Le Pen überrundet zu werden und nicht in die Stichwahl zu gelangen.